



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten

vom 31.10.2025 bis 07.11.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Belarus: KGB versucht, inhaftierten Priester zu benutzen, um den Apostolischen Nuntius zu belasten	3
Brasilien: Päpstliche Missionswerke zu den tragischen Ereignissen	4
China: Trump-Xi-Treffen fand inmitten verstärkter religiöser Verfolgung statt	5
Deutschland: Innenministerium verbietet islamistischen Verein „Muslim Interaktiv“	6
Deutschland: Nagelkreuz von Conventry gestohlen	7
Indien: 8 Polizeibeamte suspendiert, weil sie Angriff auf Missionare nicht verhinderten	8
Indien: Freispruch in Zwangskonvertierungs - Prozess	9
Indien: Höchstes Gericht spricht Christen in Uttar Pradesh frei	12
Indonesien: Muslimischer Protest gegen Kirchenbau	13
Iran: Keine medizinisch Behandlung für inhaftierte Christin?	15
Island: Eine geistliche Wüste	16
Kambodscha: Abrüstungsabkommen mit Thailand	17
Nigeria: Christen unter Druck – komplexe Gewaltlage	18
Nigeria: Der Terror geht weiter. Letzte Woche:	19
Nigeria: Deutsche Bundesregierung sieht Religionsfreiheit in Nigeria bedroht	20
Nigeria: Seminarist stirbt in den Händen der Entführer	21
Republik Moldau: Aus dem Dienst eines Sportmissionars	22
Russland: Strafkolonien und Untersuchungsgefängnisse	23
Sudan: Der Konflikt verlagert sich nach Kordofan	24
Sudan: El Fasher - Vertriebene gelten als vermisst	25
Tansania: Lage beruhigt sich nach Zusammenstößen	26
Turkmenistan: Angst vor Extremisten	27
USA-Nigeria: Trump: Christen in Nigeria sind „existentiell bedroht“	28
Vietnam: Gefangener des Monats November	29

Belarus: KGB versucht, inhaftierten Priester zu benutzen, um den Apostolischen Nuntius zu belasten

AKREF-A/02.11.25 - Beamte des KGB, boten dem in Haft befindlichen katholischen Priester Henryk Okolowitsch die Freilassung und Rückkehr in seine Pfarre an, wenn er sich bereit erklärt, den Apostolischen Nuntius zu einem Besuch in der Pfarre einzuladen und ihm unauffällig einen USB-Stick zuzustecken. Er lehnte ab und erklärte den Beamten: „Was Sie von mir verlangen, ist ein Verbrechen und ich kann Gott nicht ärger verraten, als diese Tat auszuführen“. Die KGB Beamten sagten, sie würden ihn wieder im Gefängnis besuchen, noch viel öfter, damit er es sich vielleicht anders überlegt. Dies berichtete der aus der Haft entlassene politische Gefangene Andrey Krylov gegenüber der Organisation Christian Vision. Bereits während der Ermittlungen gegen den Priester nach seiner Verhaftung im November 2023 hatte man ihn unter Druck gesetzt, Anschuldigungen gegen die Bischöfe des Landes zu erheben, was er verweigerte. Am 30. Dezember 2024 wurde Henryk Okolowitsch vom Regionalgericht Minsk in einer nicht öffentlichen Verhandlung wegen Verrats zu 11 Jahren Haft verurteilt. Ihm wurde zur Last gelegt, er hätte Informationen über Flugzeuge auf einer Militärbasis in der Nähe seiner Pfarre ins Ausland weitergegeben. Die Kirche und insbesondere die Priester der Spionage zu bezichtigen, ist Teil der Strategie des Regimes. Dies berichtete ein religiöser Leiter, der Belarus verlassen hat, gegenüber Forum 18: „Der KGB hat ein Ziel: Feinde finden. Das Regime braucht externe Feinde“.

Die Aktivitäten des KGB, der in Belarus seinen Namen aus der Ära der Sowjetunion beibehalten hat, sind offensichtlich Teil eines Programms zur Durchsetzung der Politik des Regimes unter anderem auch im Bereich der Religion. „Ziel des KGB ist es, jede Bedrohung des Regimes zu erkennen und auszuschalten“, erklärte ein Beobachter der religiösen Angelegenheiten gegenüber Forum 18. „Der KGB hat keine spezielle Religionspolitik und behandelt Pfarren und Religionsgemeinschaften gleich wie Unternehmen oder jede andere Organisation.“

KGB Beamte versuchen, religiöse Leiter unter Druck zu setzen, Erklärungen zur Zusammenarbeit zu unterschreiben und zwingen sie, regelmäßig an Treffen teilzunehmen, bei denen ihnen Aufgaben zugeteilt werden. Besonderes Interesse hat der KGB an Leitern, die in Polen oder in der Ukraine studiert oder Beziehungen in diese Länder oder zu Regimegegnern im Ausland haben.

KGB Beamte üben auch massiven Druck aus, um Informanten innerhalb der Religionsgemeinschaften anzuwerben, die über für den KGB interessante Entwicklungen berichten. Diese Informanten nehmen heimlich Predigten und Gespräche im Rahmen von Gottesdiensten auf und informieren den KGB, wenn sie glauben, dass die Aufzeichnungen für den KGB Besorgnis erregende Aussagen enthalten. Daraufhin werden die betroffenen Leiter vom KGB vorgeladen und befragt, warum sie bestimmte Aussagen gemacht haben.

Ein betroffener Leiter berichtete, dass er vorgeladen wurde und ihm die Beamten erklärten, alles über ihn zu wissen und bestätigt, dass sie ihn mit Fakten konfrontierten, die sie nur von Informanten haben konnten.

Der KGB kann auch Leiter unter Druck setzen, Mitglieder, die als Angehörige der Opposition betrachtet werden, zum Verlassen der Gemeinschaft zu veranlassen oder sie aus leitenden Funktionen zu entfernen. Ein Betroffener berichtete gegenüber Forum 18, dass die Beamten einen Priester vorgeladen und aufgefordert hätten, ihn aus einer Rolle in der Pfarre zu entfernen. Der Priester hätte sich geweigert, sich aber verpflichtet gefühlt, ihn zu ersuchen, sich freiwillig aus der Funktion zurückzuziehen, was er getan hätte.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 31. Oktober 2025)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der EAÖ

Brasilien: Päpstliche Missionswerke zu den tragischen Ereignissen

Rio de Janeiro: „Der Staat hat die Pflicht zu schützen, nicht zu töten“

Rio de Janeiro (Fides) – Die Päpstlichen Missionswerke in Brasilien bringen in einer Mitteilung an die Fides ihre tiefe Solidarität und Trauer über die jüngsten tragischen Gewalttaten in Rio de Janeiro zum Ausdruck, insbesondere über das Massaker, das sich am vergangenen Dienstag, dem 28. Oktober, in den Wohnsiedlungen Penha und Alemão ereignet hat. „Im Missionsmonat, der heute zu Ende geht und in dem wir eingeladen sind, ‚Missionare der Hoffnung unter den Völkern‘ zu sein, richten wir unser Gebet an die Familien, die mitansehen mussten, wie ihre Angehörigen ermordet wurden. Der Schmerz jedes Verlustes ist der Schmerz der Kirche, die denen zur Seite steht, die leiden und trauern“, schreibt Schwester Regina da Costa Pedro, Nationaldirektorin der Päpstlichen Missionswerke in Brasilien, und fährt fort: „Wir dürfen angesichts der wiederholten Gewalt, die Opfer fordert, nicht schweigen. Das menschliche Leben ist unantastbar, und der Staat hat die vorrangige Pflicht, es zu schützen, nicht zu töten. Gleichzeitig bringen wir unsere totale Ablehnung jeder Form von Gewalt zum Ausdruck, sei sie nun auf den Drogenhandel oder auf die Aktionen der Milizen zurückzuführen. Jede Macht, die sich durch Tod und Angst durchsetzt, widerspricht der Botschaft des Evangeliums und der Würde des Menschen.“ In der Mitteilung wird eine echte und dauerhafte Befriedung der Gemeinden und Favelas gefordert, die nicht mit Waffen, sondern durch den Schutz und die Ausübung der Grundrechte erreicht werden könne. Investitionen in Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungsbau- und Staatsbürgerschaftsprogramme müssten zur Priorität werden, um die tiefgreifende Ungleichheit zwischen den Rassen und sozialen Schichten zu bekämpfen, von der die ärmsten Jugendlichen in den Vororten unverhältnismäßig stark betroffen seien. „Es ist notwendig, diese Gemeinden nicht nur zu Orten des Überlebens zu machen, sondern zu Räumen der vollen Staatsbürgerschaft, in denen das Leben in Würde und Sicherheit gedeihen kann“, schließt Schwester Regina Costa da Pedro, „Möge die Hoffnung, die im Mittelpunkt unserer Mission steht, eine Einladung zum Frieden für alle Männer und Frauen guten Willens sein, damit wir gemeinsam ein Land aufbauen können, in dem das Leben in seiner Fülle der höchste Wert ist. Wie Papst Franziskus uns gelehrt hat: „Lasst euch von niemandem die Hoffnung nehmen“.

(EG) (Fides 31/10/2025)

China: Trump-Xi-Treffen fand inmitten verstärkter religiöser Verfolgung statt

ICC-Bei ihrem ersten Treffen seit sechs Jahren in dieser Woche in Busan, Südkorea, führten Präsident Donald Trump und der chinesische Präsident Xi Jinping ein mit großer Aufmerksamkeit verfolgtes Gespräch über eine Vielzahl von Themen wie Handel, Zölle, Seltene Erden und Fentanyl.

In den Wochen vor dem Treffen am Donnerstag hatten Aktivisten und eine parteiübergreifende Gruppe von US-Gesetzgebern darauf gedrängt, Menschenrechtsfragen ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Vor dem Hintergrund der jüngsten Verhaftungen religiöser Führer war die Religionsfreiheit eines der Hauptanliegen.

Menschenrechtsbeobachter und Organisationen für Religionsfreiheit haben in den letzten Monaten eine deutliche Verschärfung des Drucks auf nicht registrierte Hauskirchen, Untergrundgemeinden und andere Glaubensgemeinschaften in ganz China dokumentiert.

Einer der prominentesten Vorfälle der letzten Zeit war die Verhaftung von Pastor Jin Mingri, dem Führer der großen Zion-Kirchenbewegung. Seine Familie berichtet, dass er zusammen mit anderen Kirchenführern im Rahmen einer groß angelegten Sicherheitsoperation festgenommen wurde, die von Anwaltsgruppen als Teil der umfangreichsten Kampagne gegen unabhängige Christen seit Jahrzehnten bezeichnet wird.

Die Verhaftungen, die laut Quellen von Peking mit Vorwürfen im Zusammenhang mit der Verbreitung religiöser Inhalte im Internet begründet wurden, wurden von in den USA ansässigen Gruppen und Familienangehörigen als beispielhaft für eine umfassendere Bemühung angesehen, religiöse Gruppen in staatlich kontrollierte Strukturen zu zwingen.

Der Fall von Jimmy Lai – dem Hongkonger Medienunternehmer und katholischen Konvertiten, der die inzwischen eingestellte pro-demokratische Zeitung Apple Daily gründete – spielte auch in den Appellen von US-Beamten und Akteuren der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle.

Lai wird seit 2020 unter Berufung auf die nationalen Sicherheitsgesetze in Hongkong inhaftiert und strafrechtlich verfolgt. Eine parteiübergreifende Gruppe von US-Senatoren und anderen Politikern hat wiederholt seine Freilassung gefordert und Berichte hervorgehoben, wonach seine Behandlung in Haft seine Religionsausübung beeinträchtigt habe. Diese Forderungen wurden im Vorfeld des Treffens in Busan noch verstärkt, als Briefe und öffentliche Appelle den US-Präsidenten aufforderten, die Situation von Lai direkt bei Xi anzusprechen.

Ein Reporter fragte Trump, als er für die Reise in Marine One einstieg, ob er den Fall Lai ansprechen werde. Trump antwortete: „Es steht auf meiner Liste – ich werde fragen“, und fügte hinzu, dass Lai und Xi „große Feinde sind, also werden wir sehen, was passiert“.

In den Tagen vor dem Gipfeltreffen starteten Menschenrechtsorganisationen und einige Gesetzgeber – darunter eine Gruppe von Senatoren, die öffentlich eine Petition an das Weiße Haus richteten – eine öffentlichkeitswirksame Kampagne, um sicherzustellen, dass Religionsfreiheit und Einzelfälle diskutiert würden, mit dem Argument, dass wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Vorteile nicht auf Kosten der Menschenrechtsförderung gehen dürften.

In der öffentlichen Berichterstattung über den Inhalt des Treffens in Busan wurden vor allem Vereinbarungen über Handel und Zusammenarbeit in Fragen wie Fentanyl und Seltenerdmetallexporte hervorgehoben. Die Live-Berichterstattung der großen Medien und die offiziellen Zusammenfassungen konzentrieren sich bislang auf diese Ergebnisse und berichten nicht über eine klare, bestätigte Diskussion über die Führer der Zion-Kirche oder Jimmy Lai während der privaten Gespräche der Staats- und Regierungschefs.

Die Zusammenfassungen bilateraler Gespräche sind unmittelbar nach dem Gipfeltreffen oft unvollständig, sodass die Möglichkeit besteht, dass Menschenrechtsbeschwerden diskret vorgebracht wurden oder in Folgekanälen behandelt werden. Derzeit gibt es jedoch keine öffentlichen Hinweise darauf, dass die hochkarätigen Fälle von Religionsfreiheit, die im Mittelpunkt der Advocacy-Kampagnen stehen, in den öffentlichen Erklärungen der Staats- und Regierungschefs angesprochen wurden.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Deutschland: Innenministerium verbietet islamistischen Verein „Muslim Interaktiv“

Der Verein forderte unter anderem die Errichtung eines Kalifats

Berlin/Hamburg (IDEA) – Das Bundesinnenministerium (BMI) hat am 5. November den Verein „Muslim Interaktiv“ verboten und dessen Auflösung angeordnet. Grund sind laut einer Mitteilung verfassungsfeindliche Bestrebungen und Aktivitäten, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik und den Gedanken der Völkerverständigung richten. Im Zuge des Verbots wurde das Vereinsvermögen beschlagnahmt. Seit den frühen Morgenstunden fanden zudem Durchsuchungen in insgesamt 19 Objekten in Hamburg, Berlin und Hessen statt. Davon waren neben „Muslim Interaktiv“ auch die Vereinigungen „Generation Islam“ und „Realität Islam“ betroffen. Das BMI begründet das Verbot damit, dass „Muslim Interaktiv“ das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip ablehne und eine verfassungsfeindliche Grundhaltung vertrete. Der Verein fordere, dass „der Islam“ als alleiniges gesellschaftliches Ordnungsmodell diene. Die demokratische Gesellschaft werde als „Wertediktatur“ bezeichnet. Die Forderung nach der Errichtung eines Kalifats zeigt laut BMI deutlich die Ablehnung der bestehenden Staatsordnung.

Dobrindt: Kalifatsanhängern mit aller Härte begegnen

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) erklärte, wer aggressiv das Kalifat fordere, gegen den Staat Israel und Juden hetze sowie die Rechte von Frauen und Minderheiten verachte, „dem begegnen wir mit aller rechtsstaatlichen Härte. Wir lassen nicht zu, dass Organisationen wie ‚Muslim Interaktiv‘ mit ihrem Hass unsere freie Gesellschaft zersetzen, unsere Demokratie verachten und unser Land von innen heraus angreifen.“ Laut seinem Ministerium missachtet „Muslim Interaktiv“ die Menschenrechte und vertritt eine mit Demokratie und Menschenrechten unvereinbare Intoleranz. Der Verein agiere kämpferisch-aggressiv gegen die verfassungsmäßige Ordnung und rufe fortlaufend öffentlich zur Umsetzung seiner Ziele auf. Die massive Nutzung Sozialer Medien sowie Demonstrationen und Proteste dienten dazu, möglichst viele Menschen zu indoktrinieren. So solle die verfassungsmäßige Ordnung fortlaufend untergraben werden. Der Verein verstößt laut BMI zudem gegen den Gedanken der Völkerverständigung, indem er das Existenzrecht Israels bestreite. Nach Angaben des BMI besteht bei den Vereinigungen „Generation Islam“ und „Realität Islam“ der dringende Verdacht, dass gegen diese Organisationen die gleichen Verbotsgründe wie gegen „Muslim Interaktiv“ vorliegen bzw. dass es sich um Teilorganisationen von „Muslim Interaktiv“ handelt.

Forderung nach einem Kalifat

„Muslim Interaktiv“ hatte 2024 mit zwei großen [Demonstrationen](#) in Hamburg bundesweit für Aufmerksamkeit gesorgt, weil Teilnehmer unter anderem die Errichtung eines [Kalifats](#) gefordert hatten. Parteien von AfD bis Bündnis 90/Die Grünen forderten bereits damals ein Verbot der Vereinigung. Laut der früheren Leiterin des „Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam“, Prof. Susanne Schröter, gehört „Muslim Interaktiv“ wahrscheinlich zu den Nachfolgeorganisationen der in Deutschland seit 2003 verbotenen islamistischen Organisation „Hizb ut-Tahrir“. Diese strebe die Überwindung der Nationalstaaten, die Errichtung eines weltweiten Kalifats und die Auslöschung Israels an. Zu ihren Anhängern gehörten auch viele Muslime, die teilweise schon in zweiter, dritter oder vierter Generation in Deutschland lebten und auch deutsche Staatsangehörige seien. Die Gruppe wende sich dabei ganz gezielt an gebildete Muslime. Besonders gefährlich sei darüber hinaus ihr Vorgehen in den Sozialen Medien, wo sie liberale Muslime oder Gegner des Islamismus mit Bildern als Feinde markierten.

Deutschland: Nagelkreuz von Conventry gestohlen

Diebstahl in KZ-Gedenkstätte: Unbekannte haben das symbolträchtige „Nagelkreuz von Conventry“ aus der Evangelischen Versöhnungskirche Dachau gestohlen.

Außerdem seien eine Spendenbox aufgebrochen und der Opferstock «massiv beschädigt» worden, sagte Pfarrer Björn Mensing dem Evangelischen Pressedienst. Das Team der ökumenischen Seelsorge in der Gedenkstätte appelliere an den Dieb, das Nagelkreuz zurückzubringen. Auch die Bevölkerung solle die Augen offen halten: Es könne sein, dass das Kreuz nach dem Diebstahl achtlos weggeworfen wurde, sagte Mensing.

Denn dessen materieller Wert sei mit rund 75 Euro gering. Viel größer sei der ideelle Wert: Mit Überreichung des Kreuzes seien das Seelsorge-Team und die Versöhnungskirche im Mai 2012 in die weltweite Nagelkreuzgemeinschaft aufgenommen worden. Seither versammle sich jeden Freitagmittag eine kleine Gemeinde zu einer [Andacht](#) um das Kreuz und entzünde Kerzen für die Opfer des Nationalsozialismus und für den Frieden. «Jetzt fehlt uns das Nagelkreuz schmerzlich», sagte Mensing.

Der Diebstahl hat sich dem Pfarrer zufolge bereits am letzten Wochenende im Oktober ereignet. Die Polizei habe die Spuren gesichert und die Ermittlungen aufgenommen.

160 Nagelkreuzgemeinden

Am 14. November 1940 zerstörte die NS-Luftwaffe bei einem Angriff große Teile der englischen Stadt Coventry, darunter auch die Kathedrale St. Michael. Aus drei großen Zimmermannsnägeln, die in den Trümmern gefunden wurden, ließ der damalige Domprobst Richard Howard ein Kreuz schmieden und verschenkte es als Zeichen der Versöhnung an ausgewählte Personen und Orte.

Sein Nachfolger Bill Williams baute diese Idee ab 1958 zu einem weltweiten Netzwerk von Nagelkreuzgemeinden aus, die sich für Frieden und Versöhnung einsetzen. Aktuell gehören über 160 Orte zu diesem Netzwerk, darunter auch die Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau. In allen Nagelkreuzgemeinden beten Menschen jeden Freitag um 12 Uhr das Versöhnungsgebet von Coventry.

Indien: 8 Polizeibeamte suspendiert, weil sie Angriff auf Missionare nicht verhinderten

ICC – Acht Polizeibeamte im indischen Bundesstaat Jammu und Kashmir wurden suspendiert, weil sie einen Angriff von Hindu-Nationalisten auf christliche Missionare am 23. Oktober nicht verhindert hatten.

Eine Gruppe von etwa zehn Personen griff einen Bus mit Missionaren aus Kerala an, als diese nach einem Essen in einem Haus im Dorf Juthana abreisen wollten.

Das Dorf untersteht der Zuständigkeit der Polizeistation Jakhole im Bezirk Raj Bagh im Distrikt Kathua in Jammu und Kashmir. Ein Video des Angriffs wurde in den sozialen Medien weit verbreitet, in dem die meisten Polizisten als Zuschauer zu sehen sind.

Daraufhin suspendierte der leitende Polizeibeamte (SSP) von Kathua acht Polizeibeamte, darunter den Leiter der Polizeistation Jakhole, weil sie während des Angriffs nicht eingegriffen hatten.

Zusätzlich zur Suspendierung der Polizeibeamten wurde gegen etwa 10 Personen wegen des Angriffs Anzeige erstattet, darunter zwei Personen, die bereits vorbestraft waren.

Die Angreifer behaupteten Berichten zufolge, die aus Südindien stammenden Missionare würden Hindus zum Christentum bekehren. Die Behörden gaben jedoch an, dass keine Beweise für eine Zwangskonvertierung gefunden wurden und die Ermittlungen noch andauern. Ein Video des Angriffs zeigt deutlich, wie einige mit Stöcken und scharfen Waffen bewaffnete Personen ein Fahrzeug anhalten.

Als das Fahrzeug anhält, starten sie einen heftigen Angriff. Polizeibeamte stehen daneben und schauen zu.

Die Angreifer zerschlugen die Frontscheibe und einen Seitenspiegel des Busses, in dem sich eine Gruppe von 10 bis 15 christlichen Predigern befand.

Einige der Angreifer greifen die Passagiere im Fahrzeug an, während die Gruppe von Polizisten das gewalttätige Spektakel beobachtet, ohne viel zu unternehmen, um den Angriff zu stoppen.

Nur ein Polizist versucht erfolglos, einen Angreifer aufzuhalten, der die Tür des Busses geöffnet hat.

Während die Passagiere angegriffen werden, sind verzweifelte Schreie zu hören, darunter auch die von Frauen im Fahrzeug.

SSP Mohita Sharma suspendierte die Beamten, nachdem sie sich das Filmmaterial angesehen hatte.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Indien: Freispruch in Zwangskonvertierungs - Prozess

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/06.11.25 - Der Oberste Gerichtshof Indiens hat am 17. Oktober alle Strafverfahren gegen Christen, die fälschlicherweise der Massenbekehrung beschuldigt worden waren, aufgehoben und die Behörden scharf dafür kritisiert, dass sie das Strafrechtssystem als „Instrument zur Schikanie von unschuldigen Personen“ missbraucht hätten ([wir berichteten](#)).

Richter J.B. Pardiwala und Richter Manoj Misra rechtfertigten in ihrem 158-seitigen Urteil Pastor Vijay Masih von der Evangelical Church of India in Fatehpur, Dutzende Mitarbeiter des Broadwell Christian Hospital, Beamte der Sam Higginbottom University of Agriculture, Technology and Sciences (SHUATS) in Prayagraj und andere Personen, die seit April 2022 unter dem Anti-Konversionsgesetz des Bundesstaates Uttar Pradesh angeklagt waren.

„Das Strafrecht darf nicht zu einem Instrument der Schikane unschuldiger Personen gemacht werden, das es Strafverfolgungsbehörden erlaubt, nach Belieben und aus einer Laune heraus auf der Grundlage völlig unglaubwürdiger Beweise Strafverfolgung einzuleiten“, stellte das Gericht fest und hob die Erstanzeigen (FIR) Nr. 224/2022, 47/2023, 54/2023, 55/2023 und 60/2023 sowie alle daraus resultierenden Verfahren auf.

Die Rechtfertigung folgt auf den Freispruch des ersten Christen im Bundesstaat Uttarakhand, der nach dem „Anti-Konversionsgesetz“ angeklagt worden war. Pastor Nandan Singh wurde nach einem vierjährigen Kampf freigesprochen.

Die Tortur für die Christen im Bundesstaat Uttar Pradesh begann am Gründonnerstag, dem 14. April 2022, als hinduistische Extremisten der Vishwa Hindu Parishad (VHP) den Gottesdienst von Pastor Masih umzingelten, die Tore verschlossen und die Polizei riefen, mit der Behauptung, dass 90 Hindus gewaltsam zum Christentum bekehrt würden. Pastor Masih wurde zusammen mit 35 anderen Christen verhaftet und obwohl er nach drei Tagen zunächst gegen Kaution freigelassen wurde, wurde er im Oktober 2022 erneut verhaftet und blieb über 100 Tage in Haft, wie Morning Star News im Februar 2023 berichtete.

Der Oberste Gerichtshof befand, dass die erste Anzeige, die vom Vizepräsidenten der VHP, Himanshu Dixit, gegen 35 namentlich genannte und 20 unbekannte Personen erstattet worden war, rechtlich mangelhaft war, da sie von einem Dritten und nicht von einem mutmaßlichen Opfer eingereicht worden war. Gemäß Abschnitt 4 des Gesetzes von Uttar Pradesh zum Verbot der unrechtmäßigen Konversion, das vor seiner Änderung im Jahr 2024 galt, konnten nur geschädigte Personen oder deren Angehörige solche Beschwerden einreichen – eine Bestimmung, die laut Gericht dazu dienen sollte, schikanöse Beschwerden von „Wichtigtuern“ zu verhindern.

Neun Monate nach dem ursprünglichen Vorfall wurden im Januar 2023 plötzlich vier weitere FIRs von Personen registriert, die behaupteten, Opfer der angeblichen Massenkonvertierung zu sein. In den FIRs Nr. 54, 55 und 60 von 2023 wurden jeweils 47 beschuldigte Personen sowie 20 unbekannte Personen genannt, wobei viele der gleichen Christen in mehreren Beschwerden auftauchten. Der Oberste Gerichtshof stellte bei diesen nachfolgenden Beschwerden und den darauf folgenden Ermittlungen schwerwiegende Glaubwürdigkeitsprobleme fest.

Das Gericht stellte fest, dass die Zeugenaussagen „vervielfältigt“ oder mechanisch reproduziert worden waren, wobei drei eidesstattliche Erklärungen von mutmaßlichen Opfern bis auf die Namen der Erklärenden identisch waren. Die elektronischen Stempel auf diesen eidesstattlichen Erklärungen trugen Zeitstempel von 10:54 Uhr, 10:55 Uhr und 10:52 Uhr, was darauf hindeutet, dass sie mechanisch erstellt worden waren.

In einem vom Gericht hervorgehobenen eklatanten Fehler gaben sowohl Sanjay Singh als auch Pramod Kumar Dixit in ihren eidesstattlichen Erklärungen an, dass ihr Name auf der Aadhaar-Karte von „Rajesh Kumar Dwivedi“ in „Rajesh Kumar Samson“ geändert worden sei, obwohl keiner der beiden tatsächlich Rajesh Kumar Dwivedi hieß.

„Angesichts der von uns aufgezeigten Unstimmigkeiten bedarf es keiner weiteren Ausführungen zur Glaubwürdigkeit der eidesstattlichen Erklärungen der drei oben genannten Opferzeugen“, stellte das Gericht fest.

Am schwerwiegendsten war, dass das Gericht feststellte, dass die Beschwerdeführer in den FIRs vom Januar 2023 während der ersten Ermittlungen im April 2022 völlig widersprüchliche Aussagen gemacht hatten. Ein Beschwerdeführer, Virendra Kumar, der die FIR Nr. 54/2023 einreichte und behauptete, er sei Opfer einer Zwangskonvertierung geworden, hatte der Polizei am 15. April 2022 mitgeteilt, dass er überhaupt kein Opfer sei, sondern vielmehr ein Mitglied der VHP, das Himanshu Dixit zur Kirche begleitet habe.

„Allein die Tatsache, dass der Beschwerdeführer in der Anzeige Nr. 54/2023 eine komplette Kehrtwende gegenüber seiner Aussage während der Ermittlungen in der Anzeige Nr. 224/2022 gemacht hatte und darüber hinaus in seiner früheren Aussage zugab, den Informanten in der Anzeige Nr. 224/2022 begleitet zu haben, macht es leicht, die Umstände zu erraten, unter denen mehrere nachfolgende Anzeigen registriert wurden“ erklärte das Gericht.

Das Urteil brachte zwar rechtliche Genugtuung, kam jedoch zu spät, um das mehr als dreijährige Leid Dutzender Christen, deren Leben durch die falschen Anschuldigungen zerstört worden war, ungeschehen zu machen.

Edwin J. Wesley, Generalsekretär der Evangelischen Kirche Indiens, erklärte gegenüber Morning Star News, dass der Vorfall in Fatehpur ein „geplanter Angriff auf die christliche Gemeinschaft“ gewesen sei.

„Die Mitglieder der Kirche haben viel Schmerz, psychische Traumata, Stress und Depressionen durchgemacht. Viele mussten ihre Arbeit aufgeben und in andere Bundesstaaten ziehen“, sagte Wesley. „All dies geschah, weil die Polizei sie ständig verfolgte, um sie ins Gefängnis zu stecken und dort für lange Zeit festzuhalten. Viele leiden unter schweren Depressionen und müssen sich zur Genesung in ärztliche Behandlung begeben.“

Wesley sagte, die Kirche habe voll und ganz mit vier von der Regierung gebildeten Sonderermittlungsteams kooperiert und ihnen wiederholt erklärt, dass diejenigen, die in ihrer Kirche Gottesdienst feiern, alle Christen und Mitglieder der ECI-Kirche und des Missionskrankenhauses seien, die niemanden bekehrt hätten.

„Aber die Polizei war nicht bereit, das zu glauben“, sagte er. „Jetzt hat das Urteil des Obersten Gerichtshofs die vier FIRs aufgehoben, was sehr deutlich macht, dass sie keinen einzigen Zeugen vor Gericht bringen konnten, der ihre Behauptung, dass 90 Hindus bekehrt worden seien, untermauert hätte.“

Pastor Jose Prakash George, der eine unabhängige Kirche leitet und auf dem Gelände des Missionskrankenhauses lebt, wurde im Februar 2023 – zehn Monate nach dem ursprünglichen Vorfall – verhaftet und verbrachte fünf Monate im Gefängnis des Bezirks Fatehpur, bevor er im Juni 2023 gegen Kautionsfreilassung wurde.

„Sie hatten keinen Beweis dafür, dass hier eine Bekehrung stattfand, weil hier nichts stattfand“, sagte Pastor George gegenüber Morning Star News. „Es war alles erfunden, und dann wollten sie es beweisen. Wir haben gebetet und werden weiterhin beten, dass der Herr die Wahrheit ans Licht bringt, und das ist geschehen.“

Pastor George sagte, dass insgesamt 68 Personen in den verschiedenen FIRs genannt wurden, wobei viele in mehreren Beschwerden auftauchten, was 68 Familien betraf. Neun Personen wurden zusammen mit ihm inhaftiert, darunter vier Frauen, ein Teenager und vier Männer. Unter den in den FIRs genannten Personen befanden sich fünf Kinder im Alter von 11 bis 17 Jahren. Ein 17-Jähriger wurde inhaftiert, nachdem die Behörden sein Alter in offiziellen Dokumenten fälschlicherweise mit 23 angegeben hatten. Ein kleines Mädchen wurde „spät in der Nacht weggebracht“, um einer Verhaftung zu entgehen, sagte er.

Die finanziellen und emotionalen Belastungen für die Familien waren katastrophal. Die meisten der Angeklagten waren arme Arbeiter im Missionskrankenhaus, die nur etwa 7.000 bis 10.000 Rupien (etwa 79 bis 113 US-Dollar) pro Monat verdienten. Ihre gesamten Ersparnisse flossen in die Verteidigung der Fälle, da sie zu bis zu acht verschiedenen Orten – einige davon mehr als 40 Kilometer voneinander entfernt – reisen mussten, um Aussagen zu Protokoll zu geben und zu vier verschiedenen FIR-Anhörungen zu erscheinen.

„Ich habe Eltern gesehen, die wie Kinder weinten, weil sie ihren Kindern nicht einmal ein Glas Milch und manchmal nicht einmal Essen geben konnten“, sagte Pastor George. „Viele Kinder konnten über zwei Jahre lang nicht zur Schule gehen. Wir hätten die Gewalt vielleicht ertragen können, aber als Pastor kann ich das Leiden der Kinder nicht tolerieren. Auch heute noch bete ich unter Tränen für die Kinder, egal welcher Kirche sie angehören. Die Zukunft vieler Kinder ist ruiniert.“

Er berichtete, dass seiner eigenen Frau mit Gefängnis und dem Verlust ihres Arbeitsplatzes gedroht wurde, während seine Kinder ständig schikaniert wurden. Im Gefängnis wurden er und andere Christen verspottet und herabgewürdigt, weil sie wegen Bekehrung angeklagt waren.

„Das Bezirksgericht und das Oberste Gericht haben uns nicht angehört“, sagte er. „Sie haben unsere Akte nicht einmal angerührt. Wir haben so viele Richter im Obersten Gericht durchlaufen, aber es kam keine Hilfe.“

Merin, leitende Verwaltungsbeamtin am Broadwell Christian Hospital, sagte, dass etwa 57 Mitarbeiter aufgrund der FIRs versetzt wurden oder ihren Arbeitsplatz verloren haben. Mitarbeiter, deren Namen in den Beschwerden auftauchten, mussten aus Sicherheitsgründen in andere Krankenhäuser innerhalb des Netzwerks der Emmanuel Hospital Association mit 19 Missionskrankenhäusern in Nordindien umziehen.

„Die meisten von ihnen hatten unter starkem Stress gelitten, der ihre Gesundheit stark beeinträchtigt hatte“, sagte Merin gegenüber Morning Star News. „Und etwa 57 von ihnen wurden versetzt, während viele ihren Arbeitsplatz verloren.“

Sie sagte, ein Mitarbeiter habe ihr nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs gesagt: „Jetzt kann ich einen guten Partner für meine Tochter suchen.“ Auf die Frage, warum erst jetzt, erklärte er, dass er keine Heiratsanträge erhalten habe, solange eine FIR gegen ihn vorlag.

Die Gesundheitsprogramme des Krankenhauses wurden stark beeinträchtigt, Initiativen zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Gesundheit wurden eingestellt, während nur die Palliativpflege weitergeführt wurde. Lokale Mitarbeiter, die sich weigerten, umzuziehen, verloren ihren Arbeitsplatz, da das Krankenhaus ihre Verträge aufgrund der unsicheren Lage nicht verlängern konnte.

„Wir können sagen, dass wir den Fall gewonnen und das Urteil zu unseren Gunsten erhalten haben“, sagte Merin. „Aber der Schaden ist in den letzten drei Jahren bereits angerichtet worden.“

Sie erinnerte sich daran, wie Massen von hinduistischen Extremisten Patienten daran hinderten, ins Krankenhaus zu kommen, und ihnen sagten, das Krankenhaus sei geschlossen.

„Unser Krankenhaus mit 50 Betten, das immer voll belegt war, hatte plötzlich nur noch fünf bis sieben Patienten pro Tag, was auch zu enormen Einnahmeverlusten führte“, sagte Merin.

In der Urteilsbegründung des Obersten Gerichtshofs wurde festgestellt, dass zum Zeitpunkt der Anrufung des Obersten Gerichtshofs bereits in allen FIRs Anklageschriften eingereicht worden waren, aber das Gericht befand, dass die Qualität der von den Ermittlungsbehörden gesammelten Materialien „kein Vertrauen in die Seriosität der Ermittlungen weckt“.

Das Gericht verwies auf seine mündliche Stellungnahme vom Mai 2024, wonach einige Teile des Gesetzes von Uttar Pradesh über Religionswechsel offenbar gegen Artikel 25 der Verfassung verstoßen, der die Religionsfreiheit garantiert. Eine separate Verfassungsklage gegen das Gesetz von 2021 ist noch vor dem Obersten Gerichtshof anhängig.

Pastor Wesley sagte, der Fall Fatehpur sei ein Beispiel für die koordinierten Angriffe auf christliche Minderheiten in Indien.

„Fatehpur ist ein passendes Beispiel dafür, dass Minderheiten aufgrund ihres Glaubens an Christus gezielt angegriffen wurden“, sagte er. „Wir wussten von Anfang an, dass die Polizei diese Fälle nicht gewinnen würde, weil wir ganz klar sagen, dass wir niemanden bekehrt haben und dass wir die Freiheit haben, an unserem religiösen Ort zu beten. Wir haben die Freiheit, zu predigen, zu praktizieren und das von diesem Land gewährte verfassungsmäßige Recht zu verbreiten.“

Der feindselige Ton der Regierung der National Democratic Alliance unter Führung der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party gegenüber Nicht-Hindus hat laut religiösen Rechtsaktivisten seit dem Amtsantritt von Premierminister Narendra Modi im Mai 2014 hinduistische Extremisten in mehreren Teilen des Landes ermutigt, Christen anzugreifen.

Indien belegt Platz 11 auf der Weltverfolgungsliste 2025 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors, auf der die Länder aufgeführt sind, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Vor Modis Amtsantritt lag Indien auf Platz 31.

<https://morningstarnews.org/2025/11/christians-in-india-cleared-of-false-forcible-conversion-charges/>

Indien: Höchstes Gericht spricht Christen in Uttar Pradesh frei

Ihnen war die massenhafte Bekehrung von Hindus zur Last gelegt worden

Neu Delhi (IDEA) – Der Oberste Gerichtshof Indiens mit Sitz in Neu Delhi hat sämtliche strafrechtlichen Verfahren gegen zahlreiche Christen im Bundesstaat Uttar Pradesh wegen angeblich erzwungener Massenbekehrungen aufgehoben. Wie die Nachrichtenplattform Morning Star News berichtete, kritisierte das Gericht die dortigen Behörden scharf dafür, das Strafrecht als Werkzeug zur „Schikane“ Unschuldiger missbraucht zu haben. Die Ermittlungen hätten „keinerlei Vertrauen in die Redlichkeit der Behörden“ geweckt. Im Gegenteil hätten sich zahlreiche Beweise und Zeugen der Anklage als unglaublich herausgestellt. Bereits im Mai 2024 hatte das Gericht geäußert, Teile des Anti-Konversionsgesetzes von Uttar Pradesh könnten gegen die Religionsfreiheit der indischen Verfassung (Artikel 25) verstoßen. Die endgültige verfassungsrechtliche Klärung dieser Frage steht noch aus.

Geistliche und Krankenhauspersonal betroffen

Von den Verfahren waren unter anderen Pastor Vijay Masih von der Evangelischen Kirche Indiens in Fatehpur, zahlreiche Mitarbeiter des Broadwell Christian Hospital sowie Verantwortliche der Sam Higginbottom University of Agriculture, Technology and Sciences (SHUATS) in Prayagraj betroffen. Die Auseinandersetzung hatte im April 2022 begonnen, als Mitglieder der hindunationalistischen Organisation Vishwa Hindu Parishad (VHP) eine von Masih geleitete gottesdienstliche Versammlung umstellten, die Gläubigen einsperrten und die Polizei riefen. Sie warfen den Christen vor, 90 Hindus seien zur Annahme des christlichen Glaubens gezwungen worden. Masih und 35 weitere Christen wurden festgenommen. Nach einer ersten Freilassung auf Kautions wurde Masih im Oktober 2022 erneut inhaftiert und verbrachte mehr als 100 Tage im Gefängnis. Der Generalsekretär der Evangelischen Kirche Indiens, Edwin J. Wesley, schilderte, dass viele Christen aufgrund des Drucks der Polizei ihre Arbeitsplätze und ihre Heimat hätten verlassen müssen. „All dies geschah, weil die Polizei sie ständig verfolgte, um sie ins Gefängnis zu stecken und dort für lange Zeit festzuhalten. Viele leiden unter schweren Depressionen und müssen sich zur Genesung in ärztliche Behandlung begeben.“ Wesley sagte, die Kirche habe voll und ganz mit den Ermittlungsbehörden zusammengearbeitet und ihnen wiederholt erklärt, dass alle, die in ihrer Kirche Gottesdienst feierten, Christen und Mitglieder der Kirche oder Mitarbeiter des Missionskrankenhauses seien, die niemanden bekehrt hätten.

Dramatische Folgen für die Betroffenen

Pastor Jose Prakash George, der eine unabhängige Gemeinde leitet und auf dem Gelände des Krankenhauses wohnt, war ebenfalls im Zusammenhang mit den Vorwürfen festgenommen worden. Er berichtete Morning Star News, dass insgesamt 68 Personen namentlich genannt worden seien. Darunter waren auch fünf Minderjährige. Zahlreiche Betroffene verbrachten Monate in Haft oder mussten aus Angst vor weiteren Repressalien ihren Wohnort wechseln. „Ich habe Eltern gesehen, die wie Kinder geweint haben, weil sie ihren Kindern nicht einmal ein Glas Milch geben konnten und manchmal nicht einmal Essen“. Viele Kinder hätten über zwei Jahre lang nicht zur Schule gehen können. „Wir hätten die Gewalt vielleicht ertragen können, aber als Pastor kann ich das Leiden der Kinder nicht tolerieren. Auch heute noch bete ich unter Tränen für die Kinder, egal welcher Kirche sie angehören.“ Die Zukunft vieler sei ruiniert. George berichtete weiter, dass auch seiner Frau mit Gefängnis und dem Verlust ihres Arbeitsplatzes gedroht worden sei. Auch seine Kinder seien ständig schikaniert worden. Im Gefängnis habe man ihn und andere Christen verspottet und herabgewürdigt.

Gesundheitsversorgung erheblich verschlechtert

Auch das Broadwell Christian Hospital war stark betroffen, wie eine leitende Mitarbeiterin erklärte. Rund 60 Mitarbeiter mussten ihren Arbeitsplatz wechseln, während viele andere entlassen wurden. Die Versorgung der Patienten sei erheblich eingeschränkt worden. Die Patientenzahl sei drastisch zurückgegangen, nachdem Extremisten Patienten am Zutritt gehindert und behauptet hätten, das Krankenhaus sei geschlossen. Zum Hintergrund: Seit dem Amtsantritt von Premierminister Narendra Modi 2014 hat sich laut Beobachtern die Lage der Christen erheblich verschärft. Indien belegt mittlerweile Rang 11 auf dem Weltverfolgungsindex des christlichen Hilfswerks Open Doors (2025). Im Jahr 2013 befand es sich noch auf Platz 31.

Indonesien: Muslimischer Protest gegen Kirchenbau

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/06.11.25 - Hunderte von Muslimen auf der indonesischen Insel Sumatra protestierten am 14. Oktober gegen den Bau einer Kirche, da die Gegend überwiegend muslimisch sei.

Die Demonstranten in Palembang, der Hauptstadt der Provinz Süd-Sumatra, behaupteten, dass das Grundstück für den geplanten Kirchenbau der Regierung gehöre und dass es in der Gegend keine dauerhaft ansässigen Christen gebe.

Neben den Anwohnern der Gegend lehnten auch Muslime aus drei Unterbezirken von Palembang, darunter Gemeindevorsteher und Vertreter des Indonesischen Ulema-Rates (Majelis Ulama Indonesia, MUI), den Bau der Huria Kristen Batak Protestant (HKBP)-Kirche in der Pangeran Ratu Straße, Block B8, Nr. 15, im Unterbezirk Jakabaring ab, so die Gegner. Die drei Unterbezirke sind Jakabaring, Kertapati und Seberang Ulu I.

Der Vorsitzende der Bewegung gegen den Bau der HKBP-Kirche, H. Badaruddin, erklärte laut der Nachrichtenagentur Disway.id, dass seine Gruppe vor dem Protest eine Versammlung abgehalten habe, um die Stimmen der Einwohner gegen den Bau zu sammeln.

„Die Einwohner in diesem Gebiet sind alle Muslime“, soll Badaruddin gesagt haben. „Wir haben natürlich kein Problem damit, wenn dort jetzt Christen leben.“

Badaruddin erklärte gegenüber dem lokalen Fernsehsender PalTV, dass sie eine groß angelegte Demonstration organisieren würden, „um den Bau zu stoppen“, falls die Regierung ihre Ablehnung ignorieren sollte.

Dely Ibrahim, Vorsitzender des Unterbezirks Seberang Ulu I des Indonesischen Ulema-Rates, erklärte zusammen mit drei weiteren Personen, dass der Grund für die Ablehnung des Baus darin liege, dass die Mehrheit der Bevölkerung in diesem Gebiet muslimisch sei.

„Wir hoffen, dass uns der Bau der Kirche nicht aufgezwungen wird, da die Mehrheit der Bevölkerung muslimisch ist“, sagte er. „Wir, die wir die Geistlichen aus den Unterbezirken Jakabaring, Kertapati und Sebrang Ulu I vertreten, lehnen den Bau der Kirche ab.“

Badaruddin sagte jedoch, dass seine Partei seinen Protest noch nicht mit dem Unterbezirksleiter abgestimmt habe, wie palpres.bacakoran.co berichtet.

„Der Unterbezirksleiter verhält sich immer ausweichend, als hätte er Angst, dass etwas ans Licht kommt oder etwas anderes entdeckt wird“, sagte er.

Der Bürgermeister von Palembang, Ratu Dewa, sagte, er warte noch auf einen umfassenden Bericht zu diesem Thema und appellierte an die Gemeinde, den Frieden zu wahren, wie PalTV berichtet.

„Ich warte noch auf den Bericht, da der Verwaltungsprozess auf der Basisebene abgeschlossen werden muss, sowohl mit der lokalen Gemeinschaft als auch mit dem Forum für interreligiöse Harmonie“, sagte Ratu. „Dieser Prozess hat noch nicht die Ebene des Bürgermeisters erreicht. Ich werde mich mit der Angelegenheit befassen und sie mit dem Regionalsekretär, dem Assistenten für öffentliches Wohl und dem lokalen Unterbezirksleiter besprechen.“

Der Koordinator der Proteste, der nur als Heri identifiziert wurde, behauptete laut palpres.bacakoran.co, dass die Einwohner, die die Baugenehmigung für die Kirche erteilt hatten, mit Waren und Geld bestochen worden seien.

„Bestimmte Personen haben dies getan, um die Unterschriften der Einwohner für den Bau der HKBP-Kirche zu erhalten“, sagte Heri laut Berichten. „Sie wurden gebeten, zu unterschreiben, ohne die Angelegenheit genau zu verstehen, und hätten sich geweigert zu unterschreiben, wenn sie im Voraus gewusst hätten, dass dies eine Voraussetzung für den Bau der Kirche war.“

Heri sagte, er persönlich habe kein Problem mit dem Bau der Kirche und würde nichts dagegen haben, wenn Christen in der Nähe des Geländes leben würden.

„Wir lehnen es ab, weil es keine christlichen oder [anderen nicht-muslimischen] Einwohner am Bauort gibt, sondern nur zu 100 Prozent Muslime“, sagte er gegenüber palpres.bacakoran.co. „Und die Einwohner, die von diesen Personen um ihre Unterschrift gebeten wurden, sind vorübergehende Einwohner, die dort auf dem Land und in Hütten leben. Wir lehnen den Bau dieser HKBP-Kirche ab, da die meisten Einwohner in der Gegend Muslime sind. Wir fordern, dass uns der Bau der Kirche nicht aufgezwungen wird, und lehnen ihn entschieden ab.“

Die Verantwortlichen der HKBP-Kirche reagierten nicht auf die Bitte um Stellungnahme.

Palembang hat 2021 mehr als 1,8 Millionen Einwohner in 18 Unterbezirken. Die drei Unterbezirke, die sich gegen den Bau der Kirche ausgesprochen haben, haben laut der Zentralen Statistikbehörde von Palembang zusammen mindestens 276.046 Einwohner.

Alle Kirchenbauprojekte in Indonesien sehen sich laut einem politischen Beobachter, der anonym bleiben möchte, immer wieder mit Problemen durch muslimische Extremistengruppen konfrontiert.

„Der Bau einer Kirche verläuft nie ohne Störungen“, sagte er gegenüber Morning Star News. „Natürlich kann es legitime Einwände geben, aber die gemeinsame Verordnung der beiden Minister öffnet intoleranten Gruppen die Tür, um Probleme anzusprechen.“

Die gemeinsame Verordnung des Ministers für religiöse Angelegenheiten und des Innenministers von Indonesien aus dem Jahr 2006 verlangt von einer Kirche die Vorlage der Namen und Ausweise von mindestens 90 Gemeindemitgliedern, die schriftliche Zustimmung des Dorfvorstehers und ein Unterstützungsschreiben von mindestens 60 Anwohnern. Außerdem sind eine schriftliche Empfehlung der örtlichen Zweigstelle des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten und eine schriftliche Empfehlung der örtlichen Zweigstelle des Interfaith Harmony Forum erforderlich.

Bonar Tigor Naipospos, stellvertretender Vorsitzender des Setara Institute for Democracy and Peace, sagte, dass Erpressung in mehreren Fällen von Widerstand gegen den Bau von Kirchen eine Rolle gespielt habe.

„Wenn die Kirche beispielsweise Unterschriften von Anwohnern sammeln will, verlangen lokale Massenorganisationen Geld von der Kirche oder bestehen darauf, den Parkplatz der Kirche zu verwalten“, sagte Bonar gegenüber Morning Star News. „Oder es gibt auch Massenorganisationen, die unter verschiedenen Vorwänden jeden Monat Geld von der Kirche verlangen.“

Eine Kirche in Jakarta habe gerade die Genehmigungen bei den lokalen Behörden beantragt, als eine Organisation darauf bestand, ihnen gegen Bezahlung zu helfen, „und sie verwalten bis heute den Parkplatz der Kirche“.

Die indonesische Gesellschaft hat in den letzten Jahren einen konservativeren islamischen Charakter angenommen, und Kirchen, die sich in der Evangelisation engagieren, laufen laut Open Doors Gefahr, von islamistischen Extremistengruppen ins Visier genommen zu werden.

<https://morningstarnews.org/2025/10/hundreds-of-muslims-protest-church-construction-in-indonesia/>

Iran: Keine medizinisch Behandlung für inhaftierte Christin?

IIRF-D/BA/Tübingen/06.11.25 - Aida Najaflou, eine iranische Christin, die vom Islam zum Christentum konvertiert ist und im Evin-Gefängnis in Teheran inhaftiert ist, erlitt in den frühen Morgenstunden des 31. Oktober einen Wirbelsäulenbruch, nachdem sie aus ihrem Etagenbett gefallen war.

Sie wurde später am selben Tag zurück ins Gefängnis gebracht, wo ihr trotz der Schwere ihrer Verletzungen und ihrer anhaltenden Gesundheitsprobleme eine angemessene medizinische Behandlung verweigert wurde. Aida leidet an rheumatoider Arthritis.

Aida wurde in ein Krankenhaus gebracht, wo die Verletzung durch Röntgenaufnahmen bestätigt wurde. Dennoch wurde sie später am selben Tag auf einer Trage zurück ins Gefängnis gebracht, wo sie weiterhin unter starken Schmerzen litt. Proteste anderer politischer und religiöser Gefangener in der Frauenabteilung des Evin-Gefängnisses veranlassten die Behörden, sie in ein anderes Krankenhaus zu verlegen.

Medizinische Bildgebung ergab, dass Aida eine Wirbelfraktur erlitten hatte. Die Ärzte forderten eine dringende Operation, gefolgt von einer langen Genesungsphase unter fachärztlicher Aufsicht.

Aida hatte die Gefängnisbeamten wiederholt auf die Gefahren hingewiesen, die das Klettern auf das obere Bett für jemanden in ihrem Zustand mit sich bringt. Ihre Bitten um Verlegung auf ein niedrigeres Bett wurden ignoriert.

Während ihrer gesamten Haft, die 65 Tage Einzelhaft unter der Kontrolle des Geheimdienstministeriums umfasste, wurde ihr wiederholt eine angemessene medizinische Versorgung verweigert. Auch anderen christlichen Gefangenen im Iran, wie der kürzlich freigelassenen Mina Khajavi, wurde Berichten zufolge während ihrer Haft eine notwendige Behandlung verweigert. Die zweifache Mutter Aida wurde im Februar 2025 zusammen mit Joseph Shahbazian und Naser Navard Goltapeh (beide wurden nach einer früheren „Begnadigung“ und Freilassung erneut verhaftet) wegen „Propaganda“ und „Verschwörung“ im Zusammenhang mit ihren religiösen Aktivitäten verhaftet.

Ihre Fälle werden weiterhin gerichtlich geprüft. Am 18. und 19. September fand die zweite Anhörung für fünf Christen (Aida, Joseph, Naser, Josephs Frau Lida Alek-Sani und eine Person, deren Name nicht bekannt gegeben wurde) in der Abteilung 15 des Revolutionsgerichts von Teheran statt. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels ist das Urteil noch nicht bekannt.

Aida sieht sich zwei weiteren Anklagepunkten gegenüber – „Propagandaaktivitäten gegen die Islamische Republik Iran im Cyberspace“ und „Propaganda zugunsten von Gruppen oder Organisationen, die gegen die Islamische Republik Iran sind“. Diese beziehen sich auf Beiträge in sozialen Medien, die angeblich zur Unterstützung der „Frauen, Leben, Freiheit“-Proteste und gegen den ehemaligen Führer der Hisbollah, Hassan Nasrallah, verfasst wurden.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/iranian-christian-convert-denied-medical-treatment-after-spinal-fracture/>

Island: Eine geistliche Wüste

Obwohl Island nur 350.000 Einwohner hat, gehört es zu den Ländern mit dem höchsten Lebensstandard weltweit. Das Christentum ist die Mehrheitsreligion, aber ein Lebensstil, der die Selbstverleugnung und die Nachfolge Christi beinhaltet, ist für die meisten Menschen ein Fremdwort. Die Veröffentlichung der „100-Minuten-Bibel“ vor einigen Jahren hat dazu geführt, dass viele Menschen sich eine Bibel zugelegt haben. Betet dafür, dass die Menschen diese Bibeln lesen und ihre Herzen und Gedanken für die lebensspendende Botschaft Jesu Christi öffnen.

Quelle: Operation World / WORLDNEWS 322 / Bridgeway Publications 15. Oktober 2025 / übersetzt und bearbeitet AKREF

Kambodscha: Abrüstungsabkommen mit Thailand

"Ein hoffnungsvoller Schritt"

Phnom Penh (Fides) – Kambodscha und Thailand haben unter der Schirmherrschaft der ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Staaten) ein Abkommen zur Abrüstung unterzeichnet, um schwere Waffen von der Grenze abzuziehen. Dies geschah im Rahmen des Waffenstillstands, der am 7. August nach einem Monat kriegsähnlicher Auseinandersetzungen an der Grenze vereinbart worden war. Die erste Phase des Abrüstungsplans wird im November fortgesetzt, während die zweite Phase für Dezember vorgesehen ist. Der Prozess wird von den Militärspitzen beider Länder begleitet, die sich am 31. Oktober unter Vermittlung der ASEAN getroffen haben, „um das gegenseitige Vertrauen und die Stabilität entlang der Grenze wiederherzustellen“, wie es in einer Mitteilung der Organisation heißt.

Die schweren Waffen wurden in drei Kategorien eingeteilt: Mehrfachraketenwerfer, Artilleriewaffen, Panzer und Kampffahrzeuge. Die Parteien haben vereinbart, über die Fortschritte bei der Beseitigung der Waffen zu berichten, „um Transparenz, Verantwortlichkeit und Vertrauen in die Umsetzung zu gewährleisten“.

„Die Nachricht von diesem Abrüstungsabkommen ermutigt uns und erfüllt uns mit Hoffnung. Die Menschen in Kambodscha spüren eine neue Atmosphäre, die sich zum Positiven verändert“, kommentiert der Jesuitenpater Enrique Figaredo, Apostolischer Präfekt von Battambang, einer Grenzprovinz zwischen Kambodscha und Thailand, gegenüber Fides. „Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Grenzen zwischen den beiden Ländern weiterhin geschlossen sind, es keinen Austausch und keine Grenzübertritte gibt, was sich auf die zuvor florierenden wirtschaftlichen Aktivitäten zwischen den beiden Ländern auswirkt, insbesondere auf den Handel und auch auf die Arbeitnehmer“, bedauert er. „Es scheint, dass Thailand einen eher auf Befriedung ausgerichteten politischen Ansatz verfolgt, worüber wir in Kambodscha sehr glücklich sind. Es gibt einen Hoffnungsschimmer für den Frieden“, fährt er fort.

„Natürlich gibt es in Kambodscha noch immer etwa 100.000 Binnenflüchtlinge in Flüchtlingslagern, die darauf warten, in ihre Häuser zurückkehren zu können und die ihre Aktivitäten wieder aufnehmen möchten, während das Gebiet vollständig militarisiert ist. Es besteht ein großer Wunsch nach einer Rückkehr zur Normalität, und diese Fortschritte beim Wiederaufbau guter Beziehungen geben uns Hoffnung“, bemerkt Pater Figaredo.

„Als Katholiken ist der Frieden zwischen Kambodscha und Thailand Teil unserer täglichen Gebete und der Gebetsanliegen bei den Gottesdiensten. Wir bitten gemeinsam mit Papst Leo um einen unbewaffneten und entwaffnenden Frieden. Der Herr wird einen Weg öffnen und die Gemüter der Menschen erleuchten, damit sie Entscheidungen für Versöhnung und Frieden treffen können“, schließt er.

(PA) (Fides 4/11/2025)

Nigeria: Christen unter Druck – komplexe Gewaltlage

Open Doors warnt: Christen in Nigeria sind massiv bedroht. Die Gewalt hat komplexe Ursachen – und trifft auch Muslime.

Nigeria ist weltweit das gefährlichste Land für Christen. Das schreibt das christliche Hilfswerk Open Doors in einer Pressemitteilung. Laut aktuellen Zahlen von Open Doors wurden 2024 rund 69 Prozent aller religiös motivierten Morde an Christen weltweit dort verübt. Die Organisation dokumentiert seit Jahren die Gewalt und unterstützt Betroffene vor Ort. US-Präsident Donald Trump kündigte kürzlich Sanktionen gegen Nigeria an und drohte mit einem Militäreinsatz zum Schutz christlicher Gemeinden.

Open Doors betont jedoch, dass die Lage in Nigeria komplex sei. „Richtig ist, dass einfache Antworten oder Schuldzuweisungen der komplexen Situation nicht gerecht werden. In Nigeria herrscht ein Kampf um Weideplätze und Rohstoffe, um Geld und Macht“, heißt es. „Die Reduzierung dieser gezielten und äußerst brutalen Angriffe auf einen ‚Konflikt zwischen Christen und Muslimen‘ oder ‚zwischen Viehhirten und Bauern‘ ist grob vereinfachend und irreführend.“ Zwar sind Christen besonders häufig Opfer gezielter Angriffe, was auch das „Observatory of Religious Freedom in Africa“ bestätige. Doch auch muslimische Gemeinschaften leiden unter der Gewalt islamistischer Gruppen wie Boko Haram, ISWAP und der Fulani-Milizen, so Open Doors.

Viele Übergriffe trügen jedoch eine religiöse Handschrift. „Allahu Akbar“-Rufe, gezielte Morde an Kirchenleitern und Zwangskonversionen. Dennoch warnt Open Doors davor, die Gewalt ausschließlich als religiösen Konflikt zu deuten. Die Reduzierung auf „Christen gegen Muslime“ greife zu kurz und verkenne die komplexen Ursachen. Markus Rode, Leiter von Open Doors Deutschland, sagt: „Ich bitte alle Verantwortliche in Politik, Medien und Kirchen, sich angesichts der katastrophalen Lage vieler Christen in Nigeria zu informieren und konkrete Schritte zum Schutz aller notleidenden Menschen zu unternehmen.“ Die Christen dort wünschten sich Schutz und Gebet – nicht Rache.

Open Doors hat ein [Dossier über die Lage in Nigeria](#) zusammengestellt. entnommen aus [jesus.de](#)

Nigeria: Der Terror geht weiter. Letzte Woche:

IIRF-D/BA/Tübingen/06.11.25 – Siebzehn Menschen wurden getötet, als mutmaßliche Islamisten am 31. Oktober christlich geprägte Gemeinden im Middle Belt Nigerias angriffen.

Bewaffnete Männer überfielen das Dorf Kwi im Verwaltungsbezirk Riyom (LGA) im Bundesstaat Plateau und das Dorf Damakasuwa jenseits der Grenze im südlichen Bundesstaat Kaduna.

Es wird vermutet, dass die Angreifer zu einer islamistischen Miliz gehören, die sich aus Extremisten der mehrheitlich muslimischen Volksgruppe der Fulani zusammensetzt.

Die betroffenen Gemeinden gehören zum Volk der Irigwe, einer ethnischen Gruppe im Middle Belt Nigerias mit einem beträchtlichen Anteil an Christen.

In Kwi waren unter den Toten eine Mutter und zwei Kinder. Das Dorf grenzt an Barkin Ladi LGA, wo vor wenigen Wochen 13 Menschen von Islamisten getötet wurden.

Ebenfalls in Damakasuwa ermordet wurde Bala Rudeh, ein Gemeindevorsteher.

„Die Angreifer schienen es auf ... Bala abgesehen zu haben“, sagte Ezekiel Isa, ein Einwohner von Damakasuwa, „den sie dafür verachteten, dass er die wiederholten Angriffe der Fulani-Milizen angeprangert hatte.“

„Bala war immer der Erste, der reagierte, wenn eine Warnung vor einem bevorstehenden Angriff kam“, sagte ein anderer Einwohner, Simon Ayuba. „Er organisierte die Jugendlichen vor Ort, um das Dorf zu bewachen. Sein Tod hat alle erschüttert.“

Im August äußerte der traditionelle Herrscher des Irigwe-Stammes, Seine Königliche Hoheit Ronku Aka, selbst ein pensionierter Pastor, in einem Treffen mit dem Polizeichef des Bundesstaates Plateau, Emmanuel Adesina, seine Besorgnis über die wiederholten Angriffe auf die Gemeinde.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/seventeen-killed-by-suspected-islamist-militia-in-central-nigeria/>

Nigeria: Deutsche Bundesregierung sieht Religionsfreiheit in Nigeria bedroht

Islamistische Angriffe und Scharia-Gesetze gefährden Christen

Berlin/Washington/Abuja (IDEA) – Der Beauftragte der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Thomas Rachel (CDU), hat sich besorgt über die Lage der Religionsfreiheit in Nigeria geäußert. Auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA erklärte Rachel, Christen sowie Angehörige anderer Religionen litten dort massiv unter Gewalt. Der nigerianische Staat stehe in der dringenden Verantwortung, für die Sicherheit aller Bürger zu sorgen. Rachel betonte, ihn erreichten Berichte über gezielte Angriffe islamistischer Gruppen auf Christen im Zentrum des Landes sowie über islamistische Terroranschläge im Norden. Die Ursachen für die Gewalt in Nigeria seien vielfältig und komplex. Neben den Christen litten auch Angehörige anderer Religionen unter den Angriffen. Weiter kritisierte Rachel das Scharia-Recht und die Blasphemiegesetze in einigen nördlichen Bundesstaaten. Diese führten „zu dramatischen Verletzungen der Religions- und Weltanschauungsfreiheit für Christen, Atheisten sowie für Angehörige muslimischer Minderheiten“. Die Gesetze stünden im Widerspruch zur in Nigeria verfassungsrechtlich garantierten Religionsfreiheit. Er beobachte die Entwicklung der Religionsfreiheit weiterhin aufmerksam und führe dazu Gespräche mit hochrangigen nigerianischen Kirchenvertretern.

Trump droht mit Militäreinsatz

US-Präsident Donald Trump hatte am 1. November Nigerias Regierung mit Militärschlägen gedroht. Falls diese nicht gegen das „Töten von Christen“ durch „islamistische Terroristen“ vorgehe, werde die US-Regierung sämtliche Hilfen für das Land einstellen und könnte „mit feuernenden Gewehren“ einmarschieren, schrieb Trump in seinem Onlinedienst „Truth Social“. Er teilte zudem mit, dass Nigeria nun wieder auf der US-Liste der „Länder von besonderem Interesse“ (CPC) steht. Nigeria stand bereits im Jahr 2020 darauf, wurde jedoch 2021 von der Biden-Regierung gestrichen. Führende christliche Vertreter in den USA hatten zuvor Trump [aufgefordert](#), Nigeria wieder auf diese Liste zu setzen.

69 Prozent aller religiös motivierten Morde an Christen geschehen in Nigeria

Das christliche Hilfswerk Open Doors (Kelkheim) wertet Trumps Drohungen als Ausdruck wachsender internationaler Aufmerksamkeit für die Lage der Christen in Nigeria. Wie die Organisation mitteilte, verüben islamistische Gruppen seit Jahren gezielte Angriffe auf christliche Dörfer. Nach Angaben von Open Doors entfielen 69 Prozent aller religiös motivierten Morde an Christen weltweit auf Nigeria – insgesamt rund 3.100 von 4.476 Opfern. Viele christliche Gemeinden seien „anhaltender und gezielter Gewalt in einem solchen Maß ausgesetzt, dass ganze Siedlungen verschwinden“. Auch Open Doors räumt ein, dass die Ursachen der Konflikte komplex seien und wirtschaftliche, ethnische und machtpolitische Faktoren eine Rolle spielten. Dennoch werde die religiöse Dimension der Übergriffe häufig vernachlässigt. Immer wieder berichteten Augenzeugen von Angreifern, die „Allahu Akbar“ riefen, Kirchen niederbrannten und Christen zwangen, zum Islam überzutreten. Die Open-Doors-Sprecherin für Subsahara-Afrika, Jo Newhouse, bezeichnete Trumps Ankündigung, Nigeria als „Land von besonderem Interesse“ einzustufen, als „einen Schritt in die richtige Richtung“. Zu lange schon würden Christen gezielt angegriffen, „ohne dass dies geahndet wird“.

Nigeria: Seminarist stirbt in den Händen der Entführer

Abuja (Fides) – Einer der drei 15- bis 16-jährigen Seminaristen, die am 10. Juli bei einem Überfall auf das Kleine Seminar der Unbefleckten Empfängnis in Ivianokpodi in der Diözese Auchi im Bundesstaat Edo (Südigeria) entführt worden waren, wurde freigelassen. Bei dem Überfall wurde ein Mitglied der Sicherheitskräfte, Christopher Aweneghieme, getötet (vgl. **AKREF 12/7/2025**). Der freigelassene Seminarist ist Joshua Aleobua, während ein weiterer Seminarist, Japhet Jesse, bereits am 18. Juli freigelassen worden war. Der dritte entführte Seminarist, Emmanuel Alabi, kam, wie die Diözese Auchi nun bekannt gab, ums Leben.

Die Diözese Auchi bestätigte die Befreiung von Joshua Aleobua und das tragische Ende von Emmanuel Alabi in einer Mitteilung, die Fides vorliegt, und erinnert „an den dramatischen Vorfall in der Nacht des 10. Juli, als das Kleine Seminar der Unbefleckten Empfängnis in Ivianokpodi von bewaffneten Banditen angegriffen wurde. Während des Überfalls wurden drei Seminaristen – Japhet Jesse, Joshua Aleobua und Emmanuel Alabi – entführt“.

„Wir sind Gott dankbar für die Befreiung von Japhet Jesse, die wenige Tage nach seiner Entführung erfolgte, und für die kürzlich erfolgte Befreiung von Joshua Aleobua, der am 4. November seine Freiheit wiedererlangte“, heißt es in der Erklärung, die von Pater Linus Imoedemhe, stellvertretender Direktor für soziale Kommunikation der Diözese Auchi, unterzeichnet wurde. „Mit tiefer Trauer geben wir jedoch den Tod des Seminaristen Emmanuel Alabi bekannt, der während der Entführung ums Leben gekommen ist.“

„Bischof Gabriel Ghiakhomo Dunia von Auchi hat seine tiefe Trauer und Betroffenheit über den Verlust des jungen Seminaristen zum Ausdruck gebracht und die Sicherheitsbehörden aufgefordert, ihre Bemühungen zum Schutz des Lebens und des Eigentums aller Bürger zu verstärken“, heißt es in der Erklärung weiter.

„Bischof Dunia warnte die politischen Führer davor, die Augen vor der sich verschlechternden Sicherheitslage im Land zu verschließen, und forderte sie stattdessen auf, der Sicherheit und dem Wohlergehen der Bevölkerung Vorrang vor politischen Ambitionen im Hinblick auf die Wahlen 2027 einzuräumen“, wird in der Verlautbarung abschließend betont. (L.M.) (Fides 5/11/2025)

Republik Moldau: Aus dem Dienst eines Sportmissionars

(Licht im Osten / A.P. aus Kischinau) schreibt in seinem Rundbrief: „Auf einer Konferenz mit Teilnehmern aus verschiedenen Ländern hatte ich die Möglichkeit, einige Veranstaltungen im Plenum durchzuführen und Seminare zu den Themen ‚Jüngerschaft in der Welt des Sports‘ und ‚Trainer-Sein im Kontext christlicher Sportvereine‘ zu halten. Besonders wertvoll war die Frage-und-Antwort-Runde, in der der Herr mir die Möglichkeit gab, unsere zwanzigjährigen Erfahrungen zu teilen und die konkreten Fragen der Teilnehmer zu beantworten.“

➤ Wir sind dem Herrn dankbar, dass A. die Erfahrungen, die der Herr ihm in den zwei Jahrzehnten seines missionarischen Sportdienstes geschenkt hat, mit anderen teilen und so zur Multiplikation eines geistlich so fruchtbaren Dienstes unter jungen Menschen beitragen konnte. Während der drei Monate, in denen in den östlichen Ländern Schulferien sind, haben Alexander und sein Team etliche Sommertrainings und Camps durchgeführt, insgesamt mit mehr als 300 Kindern und Teenagern.

„Neben Training, Schwimmbad, Spielen und Erholung gab es in diesen Camps wie immer auch ‚Bibelstunden‘ zum Studium der Heiligen Schrift sowie Abendprogramme, in denen die Trainer davon erzählten, wie Gott sie persönlich berührt hatte, wie sie sich ihm zu-gewandt und ihr Leben ihm geweiht hatten. Diese Geschichten von veränderten Leben geachteter Trainer finden immer einen besonderen Widerhall in den Herzen von Kindern und Jugendlichen.“ **Bitte beten Sie**

➤ der Same des Wortes Gottes und die gehörten Lebenszeugnisse der Trainer die jungen Menschen zu einer Hingabe ihres Lebens an Christus führen.

„So waren alle drei Sommermonate für uns SEHR intensiv. Es war nicht immer einfach, manchmal sogar sehr schwierig. Aber wenn wir heute zurückblicken, sehen wir, dass es sich gelohnt hat. Im Laufe des Sommers haben sich vier weitere Jugendliche bekehrt und erklärt, Christus nachfolgen zu wollen. Die Geschichte jedes einzelnen von ihnen ist sehr interessant und außergewöhnlich. Ein Beispiel ist Sascha. Vor drei Jahren wurde ich angerufen und gebeten, Sascha zum Training aufzunehmen. Wie immer fragte ich nach dem Geburtsjahr des Kindes. Als ich erfuhr, dass er 2009 geboren war, wollte ich ablehnen, da ich mich zu diesem Zeitpunkt ausschließlich auf Kinder konzentrierte, die 2010 oder später geboren waren. Aber aus irgendeinem Grund (jetzt verstehe ich warum) konnte ich nicht „nein“ sagen. Sascha kam, ein sehr verschlossener, zurückhaltender und schweigsamer Junge, und begann zu trainieren. Nach und nach begann er, sich zu verändern,

sich zu öffnen und sich in die Mannschaft zu integrieren. Erst kürzlich, nach seiner Bekehrung, erzählte er mir, dass er aufgrund von Schwierigkeiten in seiner Familie einige Tage vor Trainingsbeginn über Selbstmord nachgedacht hatte. Gerade das Training habe ihn davon abgehalten, diesen fatalen Schritt zu tun. Gleich nach seiner Bekehrung begann Sascha, die Gemeinde zu besuchen, und lässt nun kaum einen Sonntagsgottesdienst ausfallen. Der Herr wirkt! Ehre sei ihm!“

➤ Danken Sie mit uns für diese Bewahrung und Lebenswende von Sascha.

➤ und beten Sie, dass noch viele Jugendliche, die in belasteten familiären Verhältnissen leben, durch die Liebe Christi, die sie bei den Trainings und in der Begegnung mit Gottes Wort erleben, eine neue Perspektive für ihr Leben bekommen. A. kümmert sich um drei Leitungsteams mit jungen Erwachsenen und Jugendlichen. Er führt Schulungen durch und führt sie in die Aufgaben als Trainer und geistliche Begleiter von verschiedenen Gruppen ein. „Ihre Betreuung ist derzeit auch meine vorrangige Aufgabe. Dabei stelle ich mir die Frage: Wie kann man dieses enorme Potenzial leiten und lenken? Was muss man ihnen beibringen und wie viel Verantwortung kann man ihnen übertragen? Es sind sehr viele Fragen, bei denen wir sehr viel Weisheit vom himmlischen Vater brauchen!

➤ Bitte unterstützen Sie uns weiterhin mit Ihren Gebeten!“

„Außerdem planen wir, im Herbst eine neue Bibelgruppe zu gründen. Nach einer gewissen Zeit soll diese zu einer Ausbildungsgruppe für künftige Trainer und Leiter werden.

➤ Bitte beten Sie dafür, dass uns dies gelingt.“ Unsere Sommerprojekte haben uns die Notwendigkeit gezeigt, unseren 18-Sitzer-Bus durch einen 24-Sitzer zu ersetzen ... die erweiterten Grenzen unseres Dienstes machen 24 Sitze notwendig.

➤ Wir beten dafür. Der Wille des Vaters geschehe.“

➤ „Ich bitte Sie auch, für eine Lösung in Bezug auf unser Familienauto zu beten. Anfang dieses Jahres mussten wir unseren wunderbaren Volkswagen Sharan verkaufen, um die Renovierung unserer Wohnung fortsetzen zu können. Das war eine schwierige Entscheidung.“

Russland: Strafkolonien und Untersuchungsgefängnisse

(IGFM) Laut Aussagen des ukrainischen Menschenrechtsbeauftragten vom Juli 2024, werden **mehr als 14.000 ukrainische Zivilisten**, die von der russischen Armee illegal entführt wurden, in Gefangenenlagern in Russland oder in den besetzten Gebieten festgehalten – darunter etwa **2.000 Menschen über 65 Jahre**.

Ukrainische Zivilgefangene wurden vom russischen Militär **illegal und gewaltsam verschleppt** und unter **unmenschlichen Bedingungen** festgehalten. Sie werden **schlecht ernährt, medizinisch nicht versorgt** und schlafen auf dem Boden. Es kommt vor, dass sie im Schlaf von Ratten gebissen werden. Die Zivilgefangenen kehren teils mit schweren Verletzungen, Knochenbrüchen und Gehirnerschütterungen aus der Gefangenschaft zurück und berichten von **physischem, sexuellem und psychischem Missbrauch**.

Sudan: Der Konflikt verlagert sich nach Kordofan

Khartum (Fides) – Mindestens 40 Menschen starben bei einem Drohnenangriff auf eine Beerdigung in der Stadt El Obeid, der Hauptstadt der sudanesischen Region Nordkordofan.

Die Nachricht von dem Angriff wurde gestern, am 5. November, vom Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, UNOCHA) gemeldet, ohne anzugeben, wann er stattfand und wer dafür verantwortlich war. Sudanesischen Medien zufolge sollen die Rapid Support Forces (RSF) am 5. Oktober Drohnenangriffe auf eine Beerdigung in El Obeid geflogen haben.

Die Intensivierung der Angriffe auf die Hauptstadt von Nordkordofan deutet darauf hin, dass sich der Konflikt zwischen den RSF und der regulären Armee (Sudan Armed Forces, SAF) in diese Region zwischen Darfur und dem Gebiet der Bundeshauptstadt Khartum verlagert hat. Nach der Eroberung von El Fasher, der Hauptstadt von Norddarfur ([vgl. AKREF27/10/2025](#)), festigten die RSF ihre Kontrolle über diese weitläufige Region im Westen des Sudan, um dann nach Osten in Richtung Kordofan vorzustoßen, wo sich die Tragödie der Belagerung von El Fasher wiederholt. El Obeid ist nach der Eroberung einiger benachbarter Städte durch die RSF von drei Seiten umzingelt. Die Einkreisung führt zu Massenflucht und Angst unter den Einwohnern.

Auch die Stadt Babnusa in Westkordofan wurde umzingelt. Die RSF gaben bekannt, ein Militärtransportflugzeug der SAF abgeschossen zu haben, das Nachschub für die in Babnusa verschanzten Soldaten der 22. Infanteriedivision transportierte. Während die Armee bestreitet, dass das Flugzeug abgeschossen wurde, und behauptet, es sei aus technischen Gründen abgestürzt, behaupten andere Quellen, dass das in Russland hergestellte Flugzeug, eine Il-76, von einem chinesischen Flugabwehrraketensystem getroffen wurde, das wahrscheinlich von einem Drittland, das von mehreren Beobachtern als die Vereinigten Arabischen Emirate angegeben wird, an die RSF geliefert wurde.

In diesem Zusammenhang bestätigte der somalische Verteidigungsminister Ahmed Moallim Fiqi, dass Transportflugzeuge aus den Vereinigten Arabischen Emiraten den Flughafen Bosaso in der somalischen Region Puntland als logistischen Knotenpunkt für den Transport nicht näher bezeichneter Fracht nach Orten im Niger, Tschad und den Westsudan transportieren, und fügte hinzu: „Wir haben auch Berichte erhalten, wonach kolumbianische Söldner ([vgl. AKREF 3/11/2025](#)) vom Flughafen in Bosaso gestartet sein sollen, obwohl wir dies nicht bestätigen konnten.“

(L.M.) (Fides 6/11/2025)

Sudan: El Fasher – Vertriebene gelten als vermisst

Khartum (Fides) – Zehntausende Zivilisten, die aus El-Fasher geflohen sind, gelten derzeit als vermisst. Die humanitären Organisationen, die im Flüchtlingslager Tawila, etwa 50 km von der Stadt entfernt, die letzte Woche von den Milizen der Rapid Support Forces (RSF) eingenommen wurde, tätig sind, hatten mit einem größeren Zustrom von Vertriebenen gerechnet.

Als die Stadt in die Hände der RSF fiel, hatte sie etwa 260.000 Einwohner, von denen nach Schätzungen der UNO mindestens 65.000 geflohen sind. Nach Angaben des „Norwegian Refugee Council“, der das Lager in Tawila verwaltet, haben jedoch weniger als 6.000 Menschen aus El-Fasher in dem Lager Zuflucht gesucht.

Es wird befürchtet, dass Zivilisten daran gehindert werden, die Stadt zu verlassen, möglicherweise weil sie unter Druck gesetzt werden, dafür zu bezahlen. Die meisten von ihnen verfügen jedoch nicht über genügend Geld, um den erpresserischen Forderungen der Milizen nachzukommen.

Während der 18-monatigen Belagerung umzingelten die RSF El-Fasher mit einer kreisförmigen Sandmauer, um mögliche Angriffe der regulären Armee zu verhindern, die sich in der Stadt verschanzt hatte. Diese Verteidigungsmaßnahme hat nun dazu geführt, dass es für die Einwohner noch schwieriger geworden ist, El-Fasher zu verlassen, von weiteren Berichten über Massaker und ethnische Diskriminierung durch Milizionäre bekannt werden. Die UNO hat die jüngsten Ereignisse als „Massenverbrechen“ bezeichnet, auch wenn aufgrund der Unterbrechung der Kommunikation mit der Region die genaue Zahl der Opfer unbekannt bleibt. Die RSF selbst hat erklärt, mehrere ihrer Mitglieder wegen Kriegsverbrechen verhaftet zu haben, was jedoch von lokalen und internationalen Hilfsorganisationen als „Propaganda“ bezeichnet wurde.

Der sudanesishe Premierminister Kamil Idris beklagte, dass die internationale Gemeinschaft „wenig unternommen“ habe, um den im April 2023 ausgebrochenen Bürgerkrieg zu beenden, lehnte jedoch die Entsendung von UN-Truppen in sein Land ab und erklärte, dass „die Entsendung internationaler Truppen einen Angriff auf die Souveränität und territoriale Integrität des Sudan darstellen würde. Dies ist illegal und würde nur zu noch mehr Verwirrung führen, was kontraproduktiv wäre. Die sudanesishe Armee und das sudanesishe Volk sind entschlossen, El-Fasher zu retten und zu befreien“.

Idris erklärte außerdem, dass „die RSF eng mit Söldnern aus aller Welt zusammenarbeiten, insbesondere aus Kolumbien“, und bezeichnete diese als „Kriminelle, die weder das Land noch die Kriegsziele der RSF kennen“, weil sie „nur für Geld kämpfen“. In einem Interview mit dem Sender „Al Jazeera“ erklärte der unterdessen auch kolumbianische Präsident Gustavo Petro, dass „das, was im Sudan geschieht, ein Völkermord ist“. „Unsere Soldaten“, beklagt er, „werden von Mafiabossen, die in Dubai, Rom und Miami leben, als Söldner in den Sudan und in die Ukraine geschickt, um dort zu kämpfen“. „Wir wollen uns nicht zum Komplizen des Völkermords im Sudan machen und werden diese Mafia-Netzwerke verfolgen“, bekräftigt er. Unterdessen hat auch Papst Leo XIV. nach dem sonntäglichen Angelusgebet am gestrigen 2. November zu Frieden und humanitärer Hilfe für den Sudan aufgerufen.

Zur Lage im Sudan haben sich auch einige Staatsoberhäupter wichtiger mehrheitlich muslimischer Staaten geäußert, darunter der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, der betonte „wir müssen die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit des Sudan schützen. Es ist wichtig, das sudanesishe Volk in diesen schwierigen Zeiten zu unterstützen und weiterhin humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe zu leisten“ und der malaysische Premierminister Anwar Ibrahim, der bekräftigte „Malaysia fordert die sofortige Einstellung der Gewalt und den umfassenden Schutz der Zivilbevölkerung im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht“.

(L.M.) (Fides 3/11/2025)

Tansania: Lage beruhigt sich nach Zusammenstößen

Uneinigkeit über die Zahl der Opfer

Daressalam (Fides) – „Die Lage beruhigt sich und seit gestern funktionieren die Internetverbindungen wieder“, berichten lokale Quellen aus Daressalam, der Hauptstadt Tansanias, gegenüber Fides nach den gewalttätigen Protesten, die als Reaktion auf die umstrittenen Parlamentswahlen vom 29. Oktober ausgebrochen waren.

„Die Internetverbindungen waren am Wahltag gegen 12.30 Uhr unterbrochen worden und wurden gestern Abend, am 3. November, gegen 17 Uhr wiederhergestellt“, präzisieren die Beobachter. Die Behörden haben die Bevölkerung jedoch aufgefordert, keine Fotos und Videos zu teilen, die „Panik auslösen“ könnten. Bei den Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gab es zahlreiche Opfer, aber wie unsere Quellen bestätigen, „herrscht Uneinigkeit über die Zahl der Opfer zwischen der Regierung und der Opposition“. Je nach Quelle schwankt die Zahl der Opfer zwischen hundert und tausend Toten.

„Tatsächlich“, betonen unsere Quellen, „können derzeit keine genauen Angaben zur Zahl der Opfer gemacht werden. Die Behörden geben zurückhaltende Zahlen an, während die Opposition und andere dazu neigen, höhere Zahlen zu veröffentlichen“.

Die Proteste richteten sich vor allem gegen die scheidende Präsidentin Samia Suluhu Hassan, die mit 97,66 % der Stimmen wiedergewählt wurde, wobei die wichtigsten Oppositionskandidaten ausgeschlossen worden waren – einer wurde verhaftet, der andere von der Wahlkommission nicht zugelassen. „Die schwersten Zusammenstöße gab es neben Daressalam auch in Mwanza im Norden und in Mbeya im Süden“, berichten die Beobachter.

Die Wahlen in Tansania wurden auch von regionalen Beobachtern angefochten. „In vielen Gebieten konnten die Wähler ihr Wahlrecht nicht frei und demokratisch ausüben“, erklärte Richard Msowoya, Leiter der Wahlbeobachtungsmission der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC), in einer Erklärung.

Bei der Zeremonie zum Beginn der zweiten Amtszeit von Samia Suluhu Hassan, die gestern, am 3. November, auf einem Militärstützpunkt in der Verwaltungshauptstadt Dodoma stattfand, waren die Staatshäupter der Nachbarländer Kenia, Uganda, Demokratische Republik Kongo und Ruanda nicht anwesend. Nur die Präsidenten von Sambia, Mosambik und Somalia nahmen daran teil.

„Die Präsidentin hat in ihrer Antrittsrede auf die Anwesenheit von Ausländern hingewiesen, die die Unruhen ausgelöst hätten“, bestätigen unsere Quellen und präzisieren: „Wir haben mindestens eine glaubwürdige Zeugenaussage darüber erhalten, dass sich unter den Gewalttätern Personen befanden, die kein Swahili sprachen, die offizielle Sprache Tansanias, die hier von allen gesprochen wird. Allerdings ist auch in dieser Frage große Vorsicht geboten, um keine Verfolgungsprozesse gegen Ausländer auszulösen.“

„Auch wenn sich die Lage wieder normalisiert, bleibt eine tiefe Wunde im Land zurück, und das ist schade, denn Tansania hat in den letzten Jahren enorme wirtschaftliche und soziale Fortschritte gemacht“, so die Beobachter gegenüber Fides.

„Tansania leidet vielleicht darunter, dass die Politik und die staatlichen Strukturen hinter den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritten zurückgeblieben sind, was zu Unzufriedenheit und Frustration in der Bevölkerung, insbesondere unter jungen Menschen, führt. Dieses Ungleichgewicht muss korrigiert werden.“

(L.M.) (Fides 4/11/2025)

Turkmenistan: Angst vor Extremisten

Turkmenistan liegt nördlich von Iran und Afghanistan – zwei Ländern, die von besonders aggressiven Formen des Islam geprägt sind.

(www.avc-de.org.) Die Verhältnisse in den oben genannten Nachbarstaaten gelten in Turkmenistan als abschreckendes Beispiel. So wird nicht nur in den Medien, sondern auch in den Moscheen vor der Gefahr der extremistischen Wahhabiten gewarnt. Die Bürgerinnen und Bürger sind sogar aufgefordert, Abweichler vom kulturell vertrauten Islam zu melden. Dabei wird zwischen Islamisten und Christen nicht unterschieden. Vor allem im Familienkreis sind die Folgen einer Hinwendung zu Jesus verheerend. In den vergangenen Wochen ereigneten sich in diesem Zusammenhang mehrere Angriffe auf Konvertiten. Ein junger Mann wurde wegen seiner Bekehrung zum Christentum im eigenen Elternhaus bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen. Am selben Tag wurde ein anderer vom eigenen Vater verprügelt und mit Benzin übergossen. An einem weiteren Ort erhielt eine junge Frau Hiebe, bevor sie von ihrer Mutter aus dem Haus vertrieben wurde. In der Hauptstadt Aschgabat sind die Verhältnisse etwas offener. Gemeinden dürfen entstehen und Christen sich versammeln. Trotzdem muss jeder neue Nachfolger Jesu mit dem Verlust der Arbeitsstelle rechnen.

Heute beten wir...

... für Mut und Trost der Christen, die von der Familie Ablehnung erfahren,

... für Versorgung der arbeitslosen Christen,

... für Weisheit der Gemeindeverantwortlichen.

USA-Nigeria: Trump: Christen in Nigeria sind „existentiell bedroht“

US-Präsident: Vereinigte Staaten können nicht tatenlos zusehen

Washington, D. C. (IDEA) – US-Präsident Donald Trump hat die Lage der Christen in Nigeria als „existentiell bedrohlich“ bezeichnet. In einer Mitteilung auf seiner Social-Media-Plattform „Truth Social“ erklärte Trump am 31. Oktober, dass Tausende Christen in dem Land getötet würden. Radikale Islamisten seien für das Massaker verantwortlich. „Wenn Christen massakriert werden, muss gehandelt werden!“, so Trump. Er fordere den US-Kongress auf, diese Angelegenheit unverzüglich zu untersuchen und Bericht zu erstatten. „Die Vereinigten Staaten können nicht tatenlos zusehen, wie solche Gräueltaten in Nigeria und zahlreichen anderen Ländern geschehen. Wir sind bereit, willens und fähig, die großartige christliche Bevölkerung der Welt zu schützen!“, kündigte Trump an. Nigeria ist mit 229 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas. Etwa 46,5 Prozent der Bürger sind Christen, 46 Prozent Muslime. Laut der nigerianischen Menschenrechtsorganisation Intersociety wurden allein zwischen Januar und August 2025 mehr als 7.000 Christen aufgrund ihres Glaubens getötet.

Vietnam: Gefangener des Monats November

Evangelischer Christ seit fast drei Jahren inhaftiert



(IDEA) Zum „Gefangenen des Monats November 2025“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den evangelischen Christen Rlan Thih aus Vietnam benannt. Sie rufen zum Einsatz für den 45-Jährigen auf.

Der evangelische Christ, der der ethnischen Minderheit der Montagnards angehört, wurde am 19. Dezember 2022 festgenommen. Am 28. September 2023 erfolgte die Verurteilung in der Provinz Gia Lai zu acht Jahren Gefängnis und einer anschließenden dreijährigen Bewährungsstrafe wegen „Untergrabung der Politik der nationalen Einheit“.

Thih wird zur Last gelegt, über einen Zeitraum von 15 Jahren Angehörige ethnischer Minderheiten überredet zu haben, sich einer bestimmten evangelischen Gemeinschaft anzuschließen. Er habe sich dazu vom Ausland aus anweisen lassen. Seine Gruppierung sei in Pläne zur Loslösung eines Territoriums für ethnische Minderheiten im zentralen Hochland Vietnams verstrickt. Dieser Vorwurf wird häufig gegen Angehörige der Minderheit der Montagnards erhoben, wenn sie einer nicht registrierten christlichen Gruppe angehören.

Die Montagnards setzen sich aus etwa 30 indigenen Stämmen zusammen. Die kommunistische Regierung nennt sie abschätzig „Dega-Protestanten“. Tatsächlich treten viele christliche Montagnards offen für die Achtung des Rechts auf Religionsfreiheit ein; so verteidigte auch Rlan Thih dieses Menschenrecht.

Vietnam ist Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der in Artikel 18 das Recht auf Religionsfreiheit garantiert. Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, in Briefen an den vietnamesischen Präsidenten Luong Cuong um die Freilassung des Christen zu bitten. Verbunden damit ist die Bitte, für ihn zu beten.

Von den rund 99 Millionen Einwohnern Vietnams sind die meisten Buddhisten oder Anhänger von Stammes- oder Naturreligionen. Neun Prozent sind Christen.

[Musterbrief Deutsch](#)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]